Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 53. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Telephon Nr. 53.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigaben täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund", wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein. Bauernfreund" und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das Illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 500. | Redaktion Jos. Granen. | **Montag, 15. September 1913.** (Ludmilla, Nikom.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß | **40. Jahrgang.**

sc. Sozialdemokratie und Sozialpolitik.

Diejengen Kreise, die sich auch heute noch nicht mit unserer sozialen Gesetzgebung und dem in dieser verkörperten Prinzip der Staatshilfe abfinden können, weisen mit Vorliebe darauf hin, daß diese soziale Gesetzgebung das weitere Vordringen der Sozialdemokratie nicht habe aufhalten können, daß die Hoffnung, daß „die gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Zielen" manches mildern oder beseitigen werde, was der Klassenkampf zwischen den Menschen aufgetürmt hat (Prof. Bernhard: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik), sich als bittere Täuschung erwiesen habe.

Diese letztere Behauptung ist, wie Prof. Dr. Hitze in seiner unlängst erschienenen Schrift: „Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik" (M.Gladbach, Volksvereinsverlag) mit Recht betont, nur zum Teil richtig. Daß die Sozialreform Wölfe in Schafe umwandeln würde, hat niemand geglaubt. Daß die weltgeschichtlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sich durch einige Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Mißstände friedlich begleichen würden, konnte auch von keinem vernünftigen Beurteiler, der auf den Grund der Dinge sah, angenommen werden. Kein Geringerer als einer der Mitschöpfer der deutschen Arbeiterversicherung, Fürst Bismarck, hat sich vor solchen Illusionen wohl gehütet. Er hielt es für eine Utopie, die Menschen überhaupt hier auf Erden zufrieden stellen zu können, für einen Traum eines tausendjährigen Reiches, der nur verwirklicht werden könne, wenn die Menschen Engel seien, für ein Hirngespinst, für ein Phantom, das sich nicht greifen läßt, wenn man ihm nahe. Die Unzufriedenheit werde sich, solange Menschen Menschen seien und in der Welt mit ihren Verschiedenheiten und Gegensätzen lebten, nicht ausrotten lassen.

Wer heute sät, kann morgen unmöglich ernten. So kann auch die innere Versöhnung und die Wiedergewinnung der Massen nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern nur das Werk jahrzehntelanger, allseitiger, systematischer, pflichttreuer und opferwilliger Arbeit in Schule, Kirche, Gesellschaft und Staat sein, kann vor allem nur durch die vereinigten Bemühungen von sozialem Pflichtgefühl durchdrungener Arbeitgeber und der ruhigeren, gerecht und vernünftig denkenden Arbeiter und ihre Organisationen gesichert werden. Was in Jahrzehnten versäumt war, konnte nicht in Jahrfünften wieder gut gemacht werden. Umgekehrt erfordert es die Arbeit von Generationen, die Einbußen in unseren sittlichen Volkskräften wieder auszugleichen, unser Volk wieder mit dem freudigen Glauben und Vertrauen in den Bestand unsrer Gesellschaftsordnung und den gerechten Sinn der dirigierenden Klassen zu erfüllen, das Gefühl der christlichen Solidarität, die Liebe zu Vaterland und Kirche neu zu beleben und zum Gemeingut der ganzen Nation zu machen. Das ist eine Erziehungsaufgabe, die die Einsetzung der besten Kräfte erfordert. Wer eine solche innere Umwandlung von dem „bißchen" Arbeiterschutz oder den „Groschen" der Arbeiterversicherung erwartet hat, muß eben seine Kurzsichtigkeit, aber nicht die Sozialreform für seine Enttäuschung verantwortlich machen.

Was man im übrigen von der Sozialreform vernünftigerweise erwarten durfte, hat sich zum guten Teil erfüllt. Die wirtschaftliche, gesundheitliche und soziale Lebenshaltung unseres Arbeiterstandes hat sich mächtig gehoben. Die berechtigten stürmischen Anklagen haben sich gemindert; ihnen sind die Unterlagen zum guten Teil entzogen. Die Sozialdemokratie hat zwar an Zahl zugenommen, aber zum wesentlichen Teil nur, weil man in ihr fälschlich die treibende Kraft zum Fortschritt erblickte. Die wissenschaftlichen Unterlagen des Sozialismus sind erschüttert. Ihr Erfurter Programm ist durch die Kritik aus den eigenen Reihen vollends ausgehöhlt. Der Glaube an eine neue gesellschaftliche Ordnung voll Harmonie, Glück und Frieden — den Zukunftsstaat — wird in den eigenen Reihen nicht mehr ernst genommen. So ist die Sozialdemokratie immer mehr zu einer radikalen politischen Partei geworden. Die sozialen Forderungen und Klagen treten mehr und mehr gegenüber den politischen zurück. Alle ihre Reden und Flugblätter, ihre Anträge in den Parlamenten, die sie zur Verhandlung bringt, haben fast ausschließlich politischen Charakter. Allgemeines Wahlrecht in Preußen, Beseitigung der Zölle und indirekten Steuern, Bekämpfung von Militär und Marine, Bekämpfung der christlichen Schulen usw. sind die Fragen, mit denen sie die Massen aufzupeitschen sucht. So hat sich die Sozialdemokratie im Zeitalter der sozialen Gesetzgebung gewandelt.

So kann man denn wohl mit Recht fragen: Hat die Sozialdemokratie ihre Wirkung tatsächlich verfehlt? Und: Was würde wohl sein, wenn wir die breiten Massen unserer Bevölkerung herzlos den „Gesetzen" der kapitalistischen Entwicklung preisgegeben hätten? Dürfen wir uns nicht freuen — und erkennt auch das Ausland diese Notwendigkeit nicht immer mehr? — daß sich bei uns schon vor Jahrzehnten die Anschauung Bahn gebrochen hat und in kraftvollen Einrichungen fruchtbar geworden ist, die der neue Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Wilson, in seine Antrittsrede als Zukunftsprogramm seiner Regierung aufgenommen und feierlich verkündigt hat. Nachdem er den gewaltigen Aufschwung der Vereinigten Staaten unter den früheren Präsidenten geschildert weist er auf die dunklen Seiten dieser Entwickelung hin. Mit dem Guten sei auch das Uebel gekommen, „viel echtes Gold zerfressen worden." Insbesondere:

Wir sind zu stolz gewesen auf unsere industriellen Leistungen, aber wir haben bisher den Menschenwert nicht hoch genug angeschlagen. Die peinvollen Seufzer aus den Bergwerken, den Fabriken und all den Stätten, wo der Kampf um das Dasein seinen eigentlichen Sitz hat, dieser ernste rührende Unterton unseres Lebens war nicht zu unseren Ohren gedrungen. Die große Regierung, die wir geliebt haben, ist zu oft zu privaten und selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht worden. Unsere Pflicht ist es nun, das ganze öffentliche Leben zu reinigen und mit Humanität zu erfüllen, ohne es schwach oder sentimental zu machen. Unser Gedanke war, daß jeder Mann und jede Generation für sich selber zu sorgen habe und wenn wir auch nicht vergessen hatten, daß unsere Politik dem bescheidensten Manne ebenso wie dem Mächtigsten dienen müsse, so waren wir doch sehr eilig in dem Drange, groß zu werden. Jetzt sind wir zu ruhigem Nachdenken gekommen. Die Binde ist von unseren Augen gefallen, unser Werk ist ein Werk der Wiederherstellung.

Wilson bedauert, daß bisher noch so wenig „die Mittel studiert und vervollkommnet seien, wie die Regierung in den Dienst der Humanität gestellt werden könnte zur Förderung des Wohles der Nation". Er fährt fort:

Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, die eigentlichen Grundlagen der Gerechtigkeit in einem politischen Körper, können nicht bestehen, wenn Männer, Frauen und Kinder nicht in ihrem Leben, in ihren eigensten Lebensbedingungen gegen die Folgeerscheinungen der großen industriellen und sozialen Prozesse geschützt werden an denen sie nichts ändern, die sie nicht lenken und mit denen die einzelnen nicht fertig werden können. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, welche die einzelnen für sich selbst festzusetzen nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigentlichen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Gesetze.

Das sind Worte hoher Staatsweisheit, einer Staatsweisheit, die in unserm monarchischen Vaterlande schon mehr als 30 Jahren Gemeingut ist. Aber fast scheint es, als ob wir uns derselben neu bewußt werden müßten gegenüber dem lähmenden Pessimismus, der sich so vielfach in unserem politischen Leben bemerkbar macht und in Aeußerungen, wie oben wiedergegeben, sich Luft zu machen sucht. Mit welchem Rechte, mögen vorstehende Darlegungen gezeitigt haben!

Katholisch-soziales in England.

In London ist eine kleine Broschüre erschienen, betitelt: „The Catholic Social Guild" (die katholisch-soziale Gilde), welche über die kathol.-sozialen Bestrebungen Aufschlüsse bietet, die von allgemeinem Interesse sind. Für den Großteil unserer Leserschaft mögen die Ausführungen Unbekanntes enthalten. Die Organisation der kathol.-sozialen Tätigkeit in England ist neueren Datums. Nachdem der Eucharistische Kongreß im Jahre 1908 in London die geschlossene Macht der Katholiken in England so glanzvoll zum Ausdruck gebracht hatte, sahen katholische Kleriker und Laien ein, daß es nun an der Zeit war, gestützt auf den Bau, der in mehr als fünfzig Jahren gefestigt worden war, den großen Problemen des Tages zu begegnen, auf Grund katholischer Prinzipien, in die sozialen Kämpfe des Tages einzutreten. Manche Vereinigung hatte sich wohl schon nebenher soziale Ziele gesteckt; aber es fehlte die eigene Organisation, welche die Sammelstätte in diesem neuen Kampf hätte sein können, in der soziales Wissen und soziale Erfahrung gesammelt würden, von der die Initiative in sozialen Dingen ausgehen sollte.

Um diese Lücke auszufüllen, wurde dann im Jahre 1909 die katholisch-soziale Gilde gegründet. Der Verein hatte von Beginn an die Unterstützung der Geistlichkeit; insbesondere der Bischof von Salford und Kardinal Bourne nahmen großes Interesse an seinem Gedeihen.

Wie sehr die neuen Bestrebungen eine Notwendigkeit waren, geht aus folgendem Brief eines katholischen Arbeiters hervor:

„Ich heiße dieses Schema des sich neu regenden katholischen Interesses an der sozialen Reform willkommen, wie meines Erachtens viele katholische Arbeiter. — Der Durchschnittsarbeiter geht Sonntags in die Kirche und denkt damit alles zu tun, was vernünftigerweise von ihm erwartet werden kann. Die Idee, daß die Lehren seiner Kirche auf sein tägliches Leben angewandt werden können, hat er ganz aus dem Auge verloren. Es besteht kein Zweifel darüber, und ich weiß es aus Erfahrung, daß katholische Arbeiter leicht Anhänger der sozialistischen Lehre werden und verschiedentlich damit enden, die Kirche zu verlassen. Diese absorbierende Tatsache wird auf unseren Gewerkschaftsversammlungen und in unseren Werkstätten diskutiert, und wir haben uns damit an jeder Straßenecke abgegeben. Um sie zu bekämpfen, müssen wir eine wirksame Gegenpolitik haben. Wir heißen deshalb ein eigenes System konzentrierten Studiums dieser Dinge freudig willkommen."

Und nicht nur die Arbeiter, sondern Geistliche und Laien aller katholischen Kreise Englands sahen mit großer Erwartung auf die Entwickelung der neuen Gilde, die berufen sein sollte, Führerin in den heißen sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen zu werden. Sollte doch ihre Aufgabe nach ihren eigenen Worten darin bestehen, eingehendes Studium in sozialen Dingen zu betreiben und seine Ergebnisse der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen, Schlüsse zu ziehen und sie in populärer sozialer Erziehung anzuwenden.

Das nächste Ziel war deshalb die Schaffung ausreichenden sozialer Literatur, geeignet, über die Kreise der direkt an national-ökonomischen Problemen Interessierten hinauszugehen. Regelmäßig in jedem Jahre erscheint ein „katholisches soziales Handbuch", das, nachdem die erste Ausgabe über die katholischen, sozialen Vereinigungen überhaupt orientiert hat, deren Arbeit und Erfolg im verflossenen Jahre schildert. Daneben enthält es regelmäßig kurze Beiträge sozialer Führer über einzelne besonders aktuelle Fragen, Berichte über das Wirken der bedeutenderen nicht-katholischen Gesellschaften.

Als überaus wirksames Mittel, die Massen zu erreichen, haben sich die „Penny Pamphlets" erwiesen, kleine Broschüren im Preise von einem Penny (10 Pf.), die überall zu haben sind, Sonntags an jeder Kirchentüre ausgeboten werden und die, äußerst geschickt geschrieben, Abhandlungen über alle Probleme des Tages enthalten. In kurzer Zeit wurden über 120 000 Stück verbreitet. Bei Arbeiterversammlungen werden auch soziale Flugblätter in vielen Tausenden von Exemplaren verteilt.

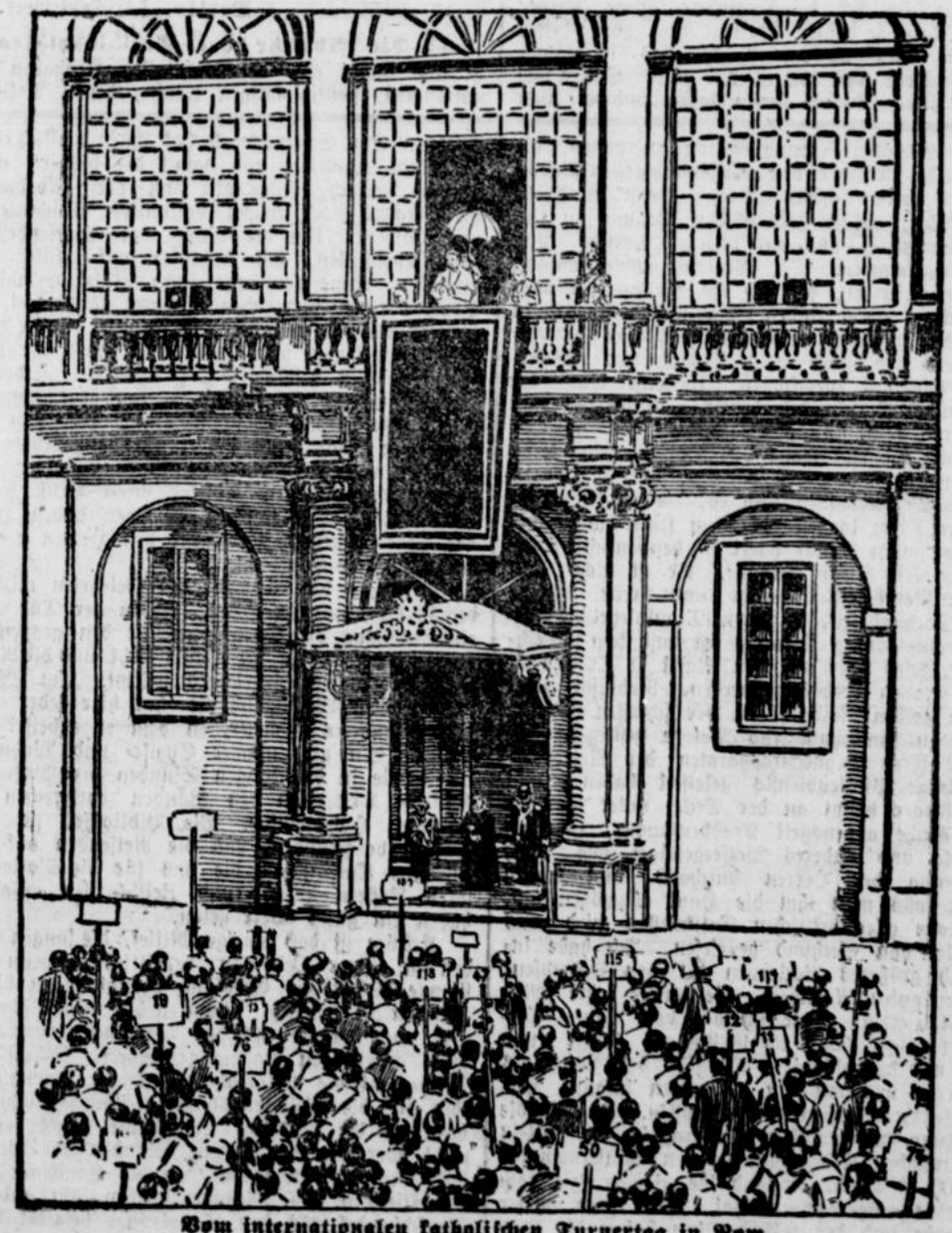
Eingehenderes Studium erfordern schon die kleinen Bände zu 50 Pfg., die unter dem Sammeltitel Katholische Studien der sozialen Reform erscheinen, die auch in nichtkatholischen Kreisen Beachtung gefunden haben, und die, wie der „Progreß" sagt, die Kruste einer dickbändigen Nationalökonomie gebrochen haben. Vierteljährlich erscheint eine Vereinsschrift, um die Mitglieder über alle einschlägigen Fragen des öffentlichen Lebens und des Lebens der Gilde auf dem Laufenden zu halten.

Die große Jahresversammlung fällt zusammen mit dem jährlich stattfindenden Katholikenkongreß und ist von Jahr zu Jahr glänzender geworden, so daß auf dem Kongreß zu Norwich 1912 der Bischof von Salford sie als Rekordversammlung des Kongresses bezeichnen konnte. Wie allgemein in den drei Jahren des Bestehens die Anerkennung der Gilde geworden war, geht daraus hervor, daß unter anderm folgende Personen außer den sozialen Führern an ihrer Versammlung teilnahmen: Kardinal Bourne, die Bischöfe von Salford und Portsmouth, Msgr. Benson, der konvertierte Sohn des höchsten anglikanischen Würdenträgers, des Erzbischofs von Canterbury, Herbert Baughan, der Herzog von Norfolk und Gemahlin, der Earl of Gainsborough u. s. f.

Das Arbeitssystem der Gilde wird in folgender Weise geschildert: Die Zentrale befindet sich in London. Bis vor kurzer Zeit — die Gilde hat sich zuerst mit kleinen Mitteln entwickelt — war das Sekretariat in den Privaträumen eines Mitgliedes untergebracht, wie denn auch die Geschäfte zum größten Teil heute noch im Ehrenamt erledigt werden. Die schnelle Ausdehnung machte diesem Zustand bald ein Ende, und heute befindet sich die Zentrale im Gebäude des British Institute of Social Service, einer Assoziation, die ähnliche Ziele auf sozialem Gebiete verfolgt. In demselben Gebäude ist die umfangreiche Leihbibliothek der Gilde untergebracht, daneben die sogenannten „Book-Boxes", Wanderbibliotheken, die soziale Literatur, nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet, enthalten und den verschiedenen Zweigen der Gilde oder auch anderen sozialen Vereinigungen auf Wunsch zugeschickt werden. Befaßt sich z. B. die Gilde in Plymouth in einem Winterkursus mit dem Studium des Gewerkschaftswesens, so erhält sie eine umfangreiche Bücherei, die alle begehrenswerte Literatur enthält, unter dem Sammeltitel Trade-Unionisten zugesandt, und entsprechende Bibliotheken gibt es für andere Gebiete, wie Armenwesen, katholisch-soziale Theorie usw.

Mehr und mehr verbindet sich mit der Zentrale auch ein Bureau für soziale Information und katholische Statistik. In der Catholic Times antwortet sie regelmäßig wöchentlich auf zahlreiche Anfragen.

Großen Erfolg verspricht das neue Studiensystem, das seit dem Jahre 1909 eingerichtet ist und bestrebt ist, eingehendere Kenntnis der sozialen Probleme in weiteren Kreisen zu verbreiten.



Vom internationalen katholischen Turnertag in Rom.
Huldigung der Teilnehmer vor dem Papst.

Vorerst waren soziale Studienkurse über folgende Gebiete abgehalten: a) Oekonomische Theorie; b) Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; c) Soziale Tagesprobleme. Diese Kurse stellen ein völlig neues Studiensystem dar, was sich bis jetzt sehr bewährt hat. Von einer Prüfungskommission, der eine Reihe von Fachgelehrten angehören, wird die Studienmaterie des Kurses genau festgelegt und zwar für einen Anfängerkursus, dem auch zahlreiche Arbeiter angehören, und für einen Kursus der Fortgeschrittenen. Das Studium wird nun entweder in einem der verbreiteten Klubs betrieben, oder auch von dem einzelnen Teilnehmer für sich. Die Einrichtung der Wanderbibliotheken kommt den Studierenden dabei natürlich sehr zustatten. Hat der Studierende, es waren im ersten Jahre zusammen 400, den Anfängerkursus mit Erfolg beendet, so erhält er nach bestandener Prüfung ein Zertifikat, das ihn zum Eintritt in den Oberkursus berechtigt, in dem die Ansprüche natürlich höher sind. Jeden Herbst hat er Gelegenheit, sich einer Generalprüfung zu unterziehen, und falls er diese in den drei angegebenen Gebieten besteht, wird ihm ein Diplom ausgestellt, welches die Garantie dafür bietet, daß der Inhaber sich ein gediegenes soziales Wissen erworben hat.

Die Idee erweiterten systematischen Studiums, eine Art Universitäts-Ausdehnungs-Bewegung, muß selbstverständlich noch geraume Zeit erprobt werden, bis man definitiv über ihre endgültigen Vorteile urteilen kann. Die Teilnehmer setzen sich aus sehr heterogenen Elementen zusammen, Priestern, Studenten, Lehrern Arbeitern und Schülern.

Die Lage der katholischen Kirche in Amerika.

Nach dem diesjährigen Bericht der Catholic Directory über die kirchliche Lage in der Union gibt es dort 34 329 077 Katholiken, wovon mehr als 15 Millionen auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika selbst, 7 Millionen auf die Inseln der Philippinen und der Rest auf den übrigen Kolonialbesitz entfallen. Dabei ist zu beachten, daß sich unter den 15 Millionen der Union nur wirkliche, d. h. ausübende Katholiken befinden, während sich die Zahl der Katholiken überhaupt mit den bloßen Taufscheinkatholiken nach der Volkszählung natürlich höher stellt. Die kirchliche Hierarchie zählt drei Kardinäle (in Neuyork, Boston und Baltimore), 14 Erzbischöfe, 100 Bischöfe, 17 Aebte; 13 273 Weltpriester und 4672 Ordensgeistliche üben die priesterlichen Funktionen in 14 312 Kirchen und Kapellen aus. Man zählt 57 000 Ordensschwestern, 914 Kollegien und Pensionate mit 183 140 Zöglingen, 5256 Pfarreischulen mit 1 500 761 Kindern, 89 Seminarien beherbergen 6169 Theologen und 288 Häuser 147 415 Waisen. Die stärksten Positionen des Katholizismus weisen die industriellen Gegenden der slawischen, italienischen mit irischer Einwanderung im Osten und Zentrum, sowie in den Südstaaten auf. Während sich alle Sekten lebhaft über die wachsende Gleichgültigkeit ihrer Mitglieder beklagen, überbieten sich die Katholiken geradezu an Glaubenseifrigkeit. Rev. Henson schreibt in der Westminster Gazette, daß die einzelnen Sekten in den Vereinigten Staaten in einem nebelhaften und ungreifbaren Christentum untergehen; die verschiedenen Denominationen lösen sich wegen der praktischen Absurdität ihrer Existenz allmählich auf; in wenigen Jahren werden die einzelnen Gemeinschaften einen modus vivendi suchen müssen, um schließlich ihre Reste vermählen zu können. Rev. Campbell wieder schildert Boston, den alten Mittelpunkt der Puritaner, als „Hochburg" des Katholizismus. Die Jesuiten besäßen blühende Erziehungsanstalten. Die Presse zeige in der ganzen Union mehr Respekt vor dem Katholizismus als vor dem Protestantismus. Der jetzige Präsident Wilson läßt dem Katholizismus alle mögliche Förderung angedeihen. Kardinal Gibbons von Baltimore, dessen Werk „Der Glaube unserer Väter" in einer Million Exemplaren, ohne die Uebersetzungen, verbreitet ist, wurde im Vorjahre gebeten, öffentlich die Arbeiten der Konvention der Demokraten zu segnen. Als Privatsekretär behielt Präsident Wilson Herrn Tumulty bei, der seine Studien bei den Jesuiten machte und dadurch einige sektiererische Blätter zur Alarmmeldung reizte, das „Weiße Haus" in Washington gerate unter römisch-papistische Herrschaft. Ferner erfolgte die Ernennung des katholischen Abt-Gouverneurs von Dakota, Burke, zum Schatzmeister der Vereinigten Staaten. Außerdem feierte Präsident Wilson mit den Iren das Fest des heiligen Patrizius, des Patrons Irlands. Aber nicht bloß die Demokraten, sondern auch die Republikaner der Union sind katholikenfreundlich. Der gewesene Präsident Roosevelt, der zum erstenmal einen Katholiken, nämlich Wyse, ins Ministerium berief, sprach mehrmals die Hoffnung aus, es möchte ein Katholik bald Präsident der Republik werden. Auch der gewesene Präsident Taft hat den Katholiken das größte Wohlwollen erwiesen. Die Opferwilligkeit der amerikanischen Katholiken ist grenzenlos. Die Pfarreischulen allein kosten jährlich gegen 70 Mill. Kronen. Alles steuert bei: die kirchlichen Gebäude zeugen vom Beitrag des Reichen, wie vom Scherflein des Armen. Selbst Andersgläubige stehen nicht zurück. So hat der Protestant Huntington den Platz und das Baugeld zum Bau der neuen spanischen Kirche in Neuyork gegeben. Für die Kosten der Pastoration kommt die „Catholik-Church Extension Society" auf, die jährlich viele Hunderttausende von Dollars zu diesem Zwecke auswirft. Sie erfand die Waggons- und Automobilkapellen. Die Anschauung der einsichtigen Männer der Union geht allgemein dahin, daß die kathol. Kirche in den Vereinigten Staaten heutzutage die hauptsächliche moralische Macht ist, welche fähig ist, die soziale Zersetzung hintanzuhalten, die als Folge einer allzu materialistischen und rapiden Kulturentwicklung droht.

Offene Briefe aus einer armen Mission.

An den Hochw. Pater Missionsprokurator in Tschifu.

Fangtse, Immakulata-Kloster, den 20. Juli 1913.

Hochw. Herr Pater!

Empfangen Sie unseren herzlichsten Dank für die Unterstützung, Mark 210, welche Sie unserer armen Anstalt zuzuwenden die Güte hatten. Je ärmer wir sind, desto besser wissen wir Wohltaten zu schätzen.

Unser Haushalt zählt jetzt 160 Personen, und wir benötigen mindestens 800 Mark pro Monat für den gesamten Lebensunterhalt; das macht durchschnittlich auf den Kopf nicht ganz 17 Pfg. pro Tag. Ich weiß nicht, wie wir die Sparsamkeit noch weiter treiben könnten!

Etwa die Hälfte unseres Unterhaltes können wir durch unserer Hände Arbeit verdienen, aber eine große Anzahl unserer Kinder können noch nichts tun als essen. Bisher haben wir vom Kindheit-Jesu-Verein noch keine Zuwendung für Fangtse erhalten können, obschon wir längst über 600 Waisenkinder zu unterhalten haben. Und ihre Zahl wächst beständig. Jeden Monat bringt man uns acht, zehn, mitunter zwölf und mehr Kinder, die meistenteils in Gräbern und Feldern ausgesetzt, den Tieren zum Fraße, und von mitleidigen Heidinnen, welche unsere Anstalt kennen, aufgelesen werden. Die meisten derselben sterben bald an den Folgen der Kälte und der grausamen Behandlung ihrer Rabeneltern. Wir haben gerade noch Zeit, ihnen die hl. Taufe zu spenden und sie zu entlassen, um als Engelein am Throne Gottes für ihre Wohltäter zu beten. Manche der Kleinen erholen sich bei sorgsamer Pflege wieder und bevölkern so unser Waisenhaus, oder besser gesagt, sie übervölkern es, denn es ist längst zu klein. Aber was können wir tun? Sollen wir nun die armen Wesen liegen lassen und vor uns stoßen und sie an Leib und Seele verderben lassen? Das wäre ja herzbrechend, grausam! „Lasset die Kleinen zu mir kommen . . .", hat unser himmlischer Bräutigam gesagt. Seinetwillen haben wir alles geopfert, Familie, Freunde und Heimat, um in fernen Heidenländern für ihn und die lieben Seelen zu arbeiten und zu leiden — aber daß wir grausam sein müßten aus Armut, das kann das süße Herz Jesu von seinen Bräuten nicht verlangen! . . . .

Helfen Sie uns, lieber Herr Pater, denn wir brauchen notwendig ein Heim, um die armen Kinder aufnehmen und unterhalten zu können. Als Schlafraum dient ein Zimmer von viereinhalb Meter im Geviert, wo dreißig Kinder auf Backsteinpritschen zusammengepreßt liegen müssen. An den Luxus von Bettstellen können wir noch gar nicht denken. Um von anderen Unannehmlichkeiten abzusehen, ist es in einem solchen „Schlafsaale" bei der heißen Jahreszeit einfach unerträglich. Mit etwa 2500 Mark könnten wir unseren Kindern schon eine bessere Herberge bereiten. Wie froh wären wir, wenn Sie einmal in Fangtse vorbeikommen könnten, Sie würden uns gewiß nicht ohne Hilfe lassen können.

Indem ich Sie ergebenst grüße und Ihnen im voraus für alles danke, verbleibe ich in der Liebe des göttlichen Herzens Jesu

Schw. Maria Bernardina,
Oberin, Franziskaner-Missionärin Mariens.

* * *

An den Hochw. Herrn Bischof A. Wittner,
Apost. Vikar in Ost-Schantung.

Missionsprokurator Tschifu, den 25. Juli 1913.

Euer Bischöflichen Gnaden

Uebersende beiliegend einen Brief der Schwester Oberin unseres Waisenhauses in Fangtse. So dringend auch ihr Notschrei ist, ich muß Ihnen gestehen, daß unsere Mittel nicht einmal hinreichen, das Bestehende zu unterhalten, geschweige denn an dessen weiteren Ausbau zu denken. Ich weiß nicht, was ich antworten soll. Es fällt mir zu schwer, mit Nein zu antworten, denn ich möchte auch nicht „grausam" sein, und doch läßt unsere Kasse keine andere Antwort zu. Vielleicht kennen Eure Gnaden irgendeinen Wohltäter, dem Sie die Notlage mitteilen könnten, denn wenn man darum wüßte, würde uns sicher geholfen werden. „Sie sind zu unbekannt", sagte mir letzten Winter ein Steyler Missionar, der über unsere Mittellosigkeit erstaunt war; „wenn man in der Heimat eine Ahnung hätte von Ihrer Armut, die deutschen Katholiken würden Sie gerade so reichlich unterstützen wie andere Missionen."

In der Hoffnung, daß Eure Gnaden einen Ausweg finden und mir eine günstige Weisung zugehen lassen werden, zeichne in tiefster Verehrung

Pater Morand O.F.M.,
Missionsprokurator von Ost-Schantung.

* * *

Mögen vorstehende Briefe, die mir auf einer Firmungsreise nachgeschickt wurden, von Missionsfreunden in der Heimat beherzigt werden. Milde Gaben für die armen Waisen in Fangtse können gerichtet werden entweder direkt an die Katholische Mission in Tschifu, China (Deutsche Postanstalt), oder an die Missionsprokuratoren im Franziskanerkloster zu Metz (Lothr.) und Landshut (Bayern).

Im voraus ein herzliches „Vergelts Gott" allen denen, die uns und unseren Waisen Barmherzigkeit erweisen werden.

† A. Wittner O.F.M.,
Bischof, Apost. Vikar von Ost-Schantung.

Deutschland.

* **Berlin**, 14. September.

sc. **Die Abwehr der Sozialdemokratie**, ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben aller nationalen, positiv tätigen Kräfte, denen Religion und Vaterland keine überwundenen Begriffe sind. Der Abwehrkampf gegen den Umsturz ist bisher aber ohne System und vielfach mit ganz falschen Mitteln geführt worden. In manchen Kreisen geschieht in dieser Hinsicht überhaupt nichts; man läßt den Geschehnissen ruhig ihren Lauf oder glaubt hier und da sogar, es sei einzig und allein Sache der christlich-national gesinnten Arbeiterschaft, sich den roten Wogen entgegen zu stemmen. Auf diese Strömungen und Mängel weist Michael Gasteiger in einem lesenswerten Aufsatz über „Die deutsche Sozialdemokratie" in den Frankfurter Zeitgemäßen Broschüren (Heft 9 und 10, Band XXXII, Verlag von Breer und Thiemann, Hamm 1913) hin. Grundsätzlich denken und grundsätzlich kämpfen sei in der Abwehr gegen die Sozialdemokratie vor allem notwendig:

„Mehr als bisher müssen in der Zukunft die gebildeten Kreise den Mut finden, in die politische Arena zu steigen und das politische Leben vor der allgemeinen Verflachung, der es nicht zuletzt durch die Kampfesweise der Sozialdemokratie zutreibt, zu bewahren helfen. Das wird dann auch in den breiten Schichten des deutschen Bürgertums die Ueberzeugung auslösen, daß die Sozialdemokratie nicht durch Konzessionen und Wahlkompromisse überwunden werden kann, sondern daß alle positiven Kreise sich zum geschlossenen, grundsätzlichen Kampfe aufraffen müssen. Diesen Kampf zu führen, sich dazu zu verständigen, kann und wird für unsere starke christlich nationale Arbeiterbewegung die beste Brücke sein. Dafür muß man allerdings, wir wiederholen es, sich in den bürgerlichen Kreisen zu sozialem Denken, zu gerechtem Denken und Handeln in Sachen der Arbeiterfragen und Arbeiterbewegung erziehen lassen. Muß sich bemühen, zu verstehen, daß der Arbeiterstand ein natürliches Anrecht hat auf dieselbe Stellung im Staate, wie die anderen Stände, deren Kämpfe um Anerkennung heute schon vielfach historisch geworden sind und viel zu wenig zu Vergleichen herangezogen werden, um das Ringen des jüngsten Standes, der Arbeiterschaft, um die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung gerecht würdigen zu können. Muß sich aber vor allen Dingen auch bemühen, die Gleichung aus den Köpfen zu bannen: Organisierter, standesbewußter Arbeiter—Sozialdemokrat. Auf dieser Plattform können sich die christlich-nationale Arbeiterbewegung und das ganze positive deutsche Bürgertum finden und nationale Werte prägen, die in ihrer Art zur Förderung des Sichverstehenlernens auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiete von größter Bedeutung für Deutschlands Zukunft sind."

Weitere Erfolge der christlich-nationalen Arbeiterschaft b. d. Krankenkassenwahlen.

In Köln, der rheinischen Metropole, bestanden bisher 16 Ortskrankenkassen. Bei der jetzigen Umwandlung im Krankenkassenwesen wurden von den 16 Ortskrankenkassen 14 aufgelöst und der großen allgemeinen Ortskrankenkasse nebst den 8 ebenfalls aufgelösten Betriebskrankenkassen einverleibt. Bisher hatte die christlich-nationale Arbeiterschaft in Köln nur in einer Ortskrankenkasse auf Grund von Vereinbarungen mit den Gegnern die Hälfte der Vertreter in der Generalversammlung und im Vorstand zugebilligt erhalten. In den übrigen Krankenkassen Kölns mit Ausnahme der Krankenkassen der städtischen Arbeiter, herrschte auf Grund der früheren Majoritätswahl die Sozialdemokratie unumschränkt. Bei den nun am 2. und 3. September stattgefundenen Ausschußwahlen der großen allgemeinen Ortskrankenkasse Kölns, die über 100 000 Mitglieder umschließt, errangen die christlich-nationalen Arbeiter einen höchst beachtenswerten Erfolg. Sie vereinigten auf ihre Kandidaten 6252 Stimmen. Die sogenannten freien Gewerkschaften brachten es auf 6752 Stimmen. Demnach fallen von den 40 Ausschußmitgliedern den christlich nationalen Arbeitern 19 und den sozialdemokratischen 21 zu. Im Vorstand der Kasse wird auf Grund des Verhältniswahlsystems jede Partei je über die Hälfte der Vorstandsposten verfügen.

Die Leute auf Spitzbergen.

An Bord des Großen Kurfürsten vor Tromsö.

Zum ersten Mal hat Neptun unser Programm gestört. Das Nordkap, das seine trotzige Felsenmasse in die wogende Flut schiebt wie eine feindliche Bastion, kann nicht angelaufen werden. Wir trösten uns mit Kaiser Wilhelm, der zweimal hier oben war und dennoch die Nordspitze des Festlandes nur von Bord aus sah. Der Wind pfeift und die Dünung geht hoch. Ich tröste mich sehr schnell über die entgangene Krakelei. Hammerfest wird uns als Ersatz versprochen, der nördlichste Hafen. Aber die kleine Bucht ist vollgepfropft mit Seglern und Dampfern, die Landung sehr mühsam. Also ist Tromsö der nächste Platz.

Während die starren Profile nordischer Felseilande auftauchen und schwinden, das erste Grün moosig von den Hängen und Schroffen herübergrüßt, ein norwegischer Holzdampfer keuchend die hohe See gewinnt, sitzt es sich behaglich im Gesellschaftszimmer, wo in einer Ecke der Tisch stillschweigend den Leuten der Feder eingeräumt ist. Der Fleißigste von ihnen ist ein Bayer, dessen Pünktlichkeit in der Beobachtung des Tages und der Dinge meine sündige Seele tief beschämt. Und wie ich ihn die Seiten des Tagebuches mit großer deutlicher Schrift füllen sehe, kommt mir ein anderes Buch ins Gedächtnis. Das war ein stattlicher Band, genaue Aufzeichnungen und scharfe Lichtbilder füllten ihn. Ich sah ihn im Hause des Observatoriums an der Großbai.

In aller Stille waren wir unter Führung des Eisoffiziers von unserem guten „Kurfürsten" in Möllerbai abgefahren. Dr. Robitzsch, mit dem ich in der Großbai zusammentraf, hatte uns eingeladen, den Boden zu betreten, auf dem vier deutsche Männer, dem langen Polarwinter trotzend, in unermüdlicher Arbeit der Wissenschaft neue Dienste leisteten. Am 16. August läuft ihre Frist auf dem unwirtlichen Gestade des kleinen Ebeltofthafens ab, neue Beobachter werden ihre Arbeit fortsetzen.

Unser Motorboot legt an den kleinen hölzernen Steg an, Dr. Robitzsch stellt uns seinem Kollegen Dr. Wegener vor, einem schlanken sehnigen Manne. Das ist der Gelehrte, der in der Polarnacht bis zur Wildebai vordrang, um die Spuren der Leute von der Schröder-Stranzexpedition zu suchen, die mit Kapitän Ritscher den verhängnisvollen Marsch von Bord ihres Schiffes „Herzog Ernst" nach Süden antraten, um in Advent-Bai Rettung zu finden. Bekanntlich sind auf diesem Marsche vier Leute umgekommen. Dr. Wegener suchte umsonst die Fanghäuser ab, die sich am Westufer der langhingestreckten Bucht finden. Es sind Hütten, in denen Robbenschläger und Walfischfänger überwintert haben und nach altem Brauch den nichtverzehrten Proviant zurücklassen. Umsonst war der beschwerliche Marsch des deutschen Gelehrten. Er mußte froh sein, in der Polarnacht im tückischen Nebel und grimmer Kälte das Observatorium selbst wiederzusehen.

Einfache Holzbauten sind es, die an der Großbai stehen. Im langen Schuppen sehen wir uns zuerst um. Ein Motor feiert in beschaulicher Ruhe die Tage seit seiner Ankunft. Er ist nicht auf arktische Verhältnisse geeicht und streikt. Eine Tonne Seehundspeck, in deren Transpiegel die Mitternachtsonne lustig blinkert, ist just kein Weihrauchfaß, wird aber auf dem Markt in Tromsö für blanke Kronen verhökert werden. Robitzsch zeigt uns die gelben Seidenhüllen der schlaffen Ballons, die bis zu fünfzehntausend Metern gestiegen sind und mit ihren Registrierapparaten der Meteorologie wichtige Pilotendienste geleistet haben. Ein Drachenflieger hängt an der Decke, unter ihm in langer Reihe angenagelt Krabbentaucher, Lummen und Alke und anderes Wassergeflügel, das nach Versicherung der Herren durchaus nicht tranig schmeckt, falls man ihm die Haut abgezogen hat. Als Krone aller arktischen Delikatessen wird uns das Filet von Seehund gepriesen. Ich habe indes doch größeres Vertrauen zu den Schneepfen und den guten Roastbeef, die unsere letzte Mittagstafel zierten. Aber ich bin von Natur skeptisch veranlagt. Doch ich verstumme sofort und lausche mit der gläubigen Hingabe des Laien, als die Herren uns mit den Apparaten bekannt machen, die ihrer Arbeit dienen müssen. Da ist die Einrichtung für drahtlose Telegraphie, die mittels einer einfachen Erdantenne in den Wintermonaten auf 3500 Kilometer Abstand die Pariser Zeit vom Eiffelturme aufgenommen hat. Mit Hilfe dieser Zeitangabe und des Theodolithen haben die Herren genau die Lage des Observatoriums berechnen können. Ein Seismograph hat ihnen deutlich einige Nahbeben registriert und damit die bisher unbekannte Tatsache festgelegt, daß der Nordwesten Spitzbergens noch immer vulkanische Erschütterungen aufweist. Um die Länge der Sonnenbestrahlung festzustellen, hat Robitzsch mit Hilfe einer einfachen Konservenbüchse und lichtempfindlichen Papiers einen sinnreichen Apparat konstruiert. Das Lattenhäuschen, in dem Thermometer und Barometer aufgehängt sind, wird uns nur für einen schnellen Blick geöffnet. Die Apparate werden natürlich Tag für Tag abgelesen, und der Gang vom Wohnhause zum Thermometerhäuschen war in mondloser Nacht nicht immer eine angenehme Promenade, weil Eisbären den Platz besuchten und jeden Augenblick dem Ableser ihren Gruß entbieten konnten. Die zottigen Burschen haben Hunde der Station geholt, sind aber den Herren nie vor den Büchsenlauf gekommen.

Mehr als die Weisheit der Gelehrten reizt uns der Gang durch ihr Heim. Neben der Tür birgt ein Verschlag die Steinkohlen für den großen Eisenofen, der mitten im Hause steht und die Räume oben und unten hinreichend wärmt. Im Gegensatz zu dem Wellmannhause hat hier jeder Herr sein besonderes Zimmer, in dem er arbeitet und schläft. Ein gemeinsamer Speise- und Wohnraum vereint sie in den langen Stunden der Einsamkeit. Einfache Bilder an den Wänden entsprechen dem schlichten Holzmobilar. Die Bibliothek ist leider spärlich vorgefunden, und die Reisenden auf dem „Großen Kurfürsten", die uns für die Station aus ihren Koffern Bücher und Zeitschriften mitgaben, haben ein gutes Werk getan.

Lektüre ist das einzige Mittel, die langen Stunden in eisiger Oede zu bewältigen, wenn die strenge Arbeit zur Erholung drängt, denn die Geselligkeit ist spärlich. Zwar neben dem Wohnhause steht noch der Stumpf des Weihnachtsbaumes, aus grün gestrichenen Latten gezimmert. Während am Firmament die Polarlichter flackerten, flammten auf ihm still die Weihnachtskerzen. Vom Heimweh haben uns die deutschen Landsleute nichts erzählt, wohl aber von den kargen Stunden der Geselligkeit, wenn von Kingsbai, wo die Londoner Firma Mansfield u. Co. Marmor brechen läßt und einen Tauschhandel mit den Fangleuten betreibt, Besuch kam. So kurz die Strecke auf der Karte erscheint, so ist der Weg von Großbai nach Kingsbai im Winter, wenn das Packeis die Buchten sperrt, durchaus keine sportliche Promenade. Aber die Londoner Firma hat gute Nachbarschaft gehalten, auch da, als es galt, für die Verunglückten der Schröder-Stranzexpedition Hilfe zu leisten.

Noch schnell eine photographische Aufnahme, dann schrillt die Pfeife des Motorbootes. „Auf Wiedersehen in der Heimat!" und die glasgrünen Wogen des Strandwassers gischten wieder um unsern Kiel. Wir fahren noch lustig spazieren, während der Große Kurfürst uns entgegendampft. Wie klein sich der mächtige Dampfer mit den gelben Spitzkoten gegen die Felswände und Gletscherkanten der Lilliehukbai abhebt! Sein Signal dröhnt und tausende von Seevögeln surren und kreischen von den Brutplätzen auf. Papageien und Seehunde lugen neugierig zu uns herüber, Eisschollen treiben mit dem Strom, Gießbäche stürzen aus den Gletscherspalten. Langsam dreht der Dampfer bei, wir machen am Fallreep fest und steigen die Treppe hinauf an Bord. Ein Spaßvogel deutet auf die Wasserlinie des Schiffes, die höher liegt als bei der Ausfahrt von Bremerhaven. „Schon halb leer gefuttert!" stellt er fest. Ich denke einen Augenblick an mehrere Helden des Tisches, deren Leistungen die der alten homerischen Streiter in den fahlen Schatten drängen.

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

* **Neue türkische Briefmarken.** Die türkische Regierung gibt neue Briefmarken heraus. Eine Londoner Gravieranstalt ist mit der Anfertigung von Entwürfen beauftragt worden. Entgegen den bisherigen Gewohnheiten, werden die neuen Briefmarken bildliche Darstellungen zeigen. Es sind 22 verschiedene Serien mit Wertgattungen von 2 Para bis 200 Piaster vorgesehen. Sie tragen u. a. die Ansichten der Suleimanjeh-Moscheen, des Sultans Ahmed, der Konstantinsäule, des Denkmals auf dem Freiheitshügel, einer Hafenansicht von Konstantinopel und auch eine Ansicht des Kreuzers „Hamidieh".

Auch die Krankenkassenwahlen in Godesberg a. Rhein sind für die christlich-nationalen Arbeiter gut ausgefallen. Die christliche Liste erhielt 522, die sozialdemokratische 266 Stimmen, die erstere somit 20, die letztere 10 Vertreter. Von den 790 Personen, die ihre Stimme abgaben, waren 331 Frauen. Bei der Wahl 1910 erhielten die christlich-nationalen Arbeiter nur 262, die Sozialdemokraten 225 Stimmen.

Bei der neu zu bildenden Ortskrankenkasse der Bürgermeisterei Duisdorf erhielt die christliche Liste 101, die sozialdemokratische 10 Stimmen oder 15 bezw. 5 Vertreter.

In Unna i. W. ist die gesamte Liste der christlich-nationalen Arbeiterschaft deshalb gewählt, weil die sozialdemokratische Liste von der Behörde als ungültig erklärt werden mußte.

In Mülheim (Rhein) wurden bei der Ortskrankenkassenwahl für die christlich-nationale Liste 666 Stimmen abgegeben, während die Sozialdemokraten nur 558 Stimmen aufbrachten. Die christlichen Arbeiter stellen 16, die Sozialdemokraten 14 Vertreter zum Ausschuß der Krankenkasse.

Auch an diesen Beispielen ist zu ersehen, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft wohl Erfolge erreichen kann, wenn sie ihre Kraft konzentriert und die notwendigen Vorarbeiten für die Wahlen rechtzeitig in Angriff nimmt.

☐ **Die Erhöhung des G. m. b. H.-Stempels** Mit dem 1. Oktober tritt unter anderem bekanntlich auch die Erhöhung des Stempels für G. m. b. H.-Verträge in Kraft, so daß alle Errichtungen solcher Gesellschaften, sowie die Beschlüsse über Kapitalserhöhungen und Einforderung von Nachschüssen, die nach dem 30. September erfolgen, der erhöhten Stempelpflicht unterliegen. Vom 1. Oktober d. J. ab unterliegt in ganz Deutschland die Errichtung von G. m. b. H., die bei diesen Gesellschaften erfolgende Erhöhung des Stammkapitals und Einforderung von Nachschüssen, in der Form von Verträgen oder Beschlüssen einem Steuersatze von 3 Prozent des Betrages des Stammkapitals oder des Betrages, der Erhöhung dieses Kapitals oder des Betrages der eingeforderten Nachschüsse. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die nach dem Inhalt des Gesellschaftsvertrages oder auch nur tatsächlich den Erwerb oder die Verwertung von Grundstücken betreiben, beträgt der Steuersatz sogar 5 Prozent. Neben diesem Errichtungsstempel unterliegt aber auch noch das Einbringen von nicht in Geld bestehendem Vermögen in eine G. m. b. H. bei ihrer Errichtung oder in eine bereits bestehende G. m. b. H. einem besonderen Stempel. Dieser beträgt vom 1. Oktober 1913 ab für im Inland belegene Grundstücke und Berechtigungen, für die die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten, zwei Drittel Prozent, für bewegliche Vermögensgegenstände ein Drittel Prozent, für Forderungen ein Zwanzigstel Prozent, wobei der Wert des Entgelts für die Sacheinlagen, bei Forderungen, deren Wert maßgebend ist.

---

* **Abschaffung des persönlichen Adels in Württemberg.** Durch eine Verordnung des Königs von Württemberg ist, nach einer Stuttgarter Meldung des „Tag", der Personenadel in Württemberg für die Zukunft aufgehoben worden. Mit der Zugehörigkeit zu einer der vier obersten Rangstufen, mit dem Besitz einer der vier obersten Klassen des Ordens der württembergischen Krone und mit dem Besitz des Militärverdienstordens ist danach künftighin der Personenadel in Württemberg nicht mehr verbunden. Diejenigen Personen, die auf Grund der bisher bestehenden Bestimmungen zur Führung des Personenadels berechtigt sind, behalten dieses Recht auch fernerhin bei.

Zum Untergang des Marineluftschiffes L 1.

Beileidsbezeugungen.

)(Berlin, 12. Sept. Das vom Kaiser anläßlich der Zerstörung des Marineluftschiffes an den Chef der Hochseeflotte gerichtete Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Ich bin über den Verlust des Luftschiffes tief erschüttert und spreche dem Flottenkommando meine aufrichtige Teilnahme aus. Die braven Kameraden, welche in treuer Pflichterfüllung ihr Leben verloren haben, verdienen, daß ihre Namen für alle Zeiten auf der Ruhmestafel der Marine verzeichnet werden. Ehre ihrem Andenken! (gez.) Wilhelm I. R."

— Der König von Italien brachte in seinem Beileidstelegramm anläßlich des Helgoländer Unglücks ausdrücklich seine Teilnahme für die Familien der Opfer zum Ausdruck.

— Von der Kronprinzessin Cecilie und dem Großherzog Friedrich von Baden erhiet der Staatssekretär des Reichsmarineamts folgende telegraphische Beileidskundgebungen:

„Ich spreche Eurer Excellenz mein tiefgefühltes Beileid zu dem schweren Verluste aus, der unsere Marine betrosen hat. Cecilie."

„An dem schmerzlichen Verlust trefflicher Offiziere und Mannschaften der Marine beim Untergang des ersten Marineluftschiffs nehm ich tiefbetrübt wärmsten Anteil. Friedrich, Großherzog von Baden."

— Ferner sandten Beileidskundgebungen der russische Marineminister Grigorowitsch in seinem und im Namen der russischen Marine, und Großadmiral von Köster namens des Deutschen Flottenvereins.

Stadt-Nachrichten.

* **Neuß, 15. September.**

Aehnliche Klagen wie die von uns veröffentlichten über die Verspätung des Eilzugs 34 gehen auch der „Köln. Volksztg." zu. Anfang September ging durch verschiedene Zeitungen Klage über die regelmäßige Verspätung, die seit Jahren der Eilzug 34 (Berlin, Hagen, Elberfeld, Düsseldorf, Neuß, M.Gladbach, Aachen) im Rheinland aufweist; es sollte sich durchschnittlich um 15—20 Minuten handeln. Folgende Wahrnehmungen habe ich mit diesem Zuge, der in Düsseldorf 8.35 Uhr abends abfahren soll, seit dem 3. September gemacht. Die Verspätung betrug in Düsseldorf am 3. September 26 Minuten, am 4. September 35 Minuten, am 5. September 25—30 Minuten, am 6. September 35 Minuten, am 7. September über 20 Minuten, am 8. September 45 Minuten und am 9. September 48 Minuten. Der Zug ist also an keinem Tage auch nur annähernd planmäßig gefahren. Die nachfolgenden Tage bis zum Schluß der Ferien sollen nicht als maßgebend betrachtet werden, da dann wohl alle Züge mehr oder weniger Verspätung haben. Abhülfe in irgend einer Form ist bei diesem Eilzuge dringend nötig, damit nicht von Elberfeld bis Aachen die große Masse der Passagiere so lange auf den zugigen Bahnsteigen warten muß, wenn die ungünstige Jahreszeit eintritt. In Düsseldorf ist z. B. der Wartesaal vom Bahnsteig I nur durch die Unterführung zu erreichen, und davon kann selten Gebrauch gemacht werden, da jeder damit rechnen muß, daß der Zug einen Teil der Verspätung einholt, und er dann nicht mitkommt. Die Stationsbeamten können fast niemals genau angeben, wann der Zug in Wirklichkeit eintrifft. Eine Aenderung des Fahrplans, oder besser noch die Einlegung eines weiteren Zuges, vielleicht von Elberfeld bis Aachen würde den berechtigten Wünschen der Reisenden in etwa Rechnung tragen. Der bisherige Zustand ist unhaltbar.

♀ **Ungültige Stadtratswahlen.** Im Nov. v. Js. wurden in Rheydt bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung die vier Kandidaten des Centrums gegen die Kandidaten der vereinigten Liberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten gewählt. Gegen die Gültigkeit der Wahl wurde von liberaler Seite Einspruch erhoben mit der Begründung, daß einmal die vorgesehene Wahlzeit nicht ausreichend gewesen sei und dann nach Schluß der Wahlzeit noch Wähler in das Wahllokal eingelassen und zur Wahl zugelassen worden seien. Die Zahl der Wahlberechtigten habe 6855 betragen, es seien drei Wahllokale bestimmt gewesen, an denen an zwei Tagen zusammen 14 Stunden gewählt werden sollte. Danach hätten in der Minute 2,7 Wähler abgefertigt werden müssen. Diese Zeit sei zu kurz. Ferner seien zwei Wahllokale, der Saal in der Fortbildungsschule und der Saal in dem Nebengebäude des Rathauses unzulänglich gewesen, die Wähler hätten auf der Treppe und dem Hofe lange warten müssen, ehe sie in das Wahllokal gelangten und viele Wähler seien nach längerem Warten fortgegangen, ohne gewählt zu haben. Weiter seien am zweiten Wahltage nach Schluß der Wahlzeit, die auf dem Hofe der Fortbildungsschule wartenden Wähler noch in das Wahllokal hineingelassen und zur Wahl zugelassen worden. Dies sei nicht zulässig gewesen. Die Stadtverordnetenversammlung wies den Einspruch zurück und erklärte die Wahlen für gültig. Die Einspruchserheber wandten sich nun an den Bezirksausschuß. Der Vertreter der Stadtverordnetenversammlung machte hier geltend, daß in den bei der Wahl zutage getretenen Unbequemlichkeiten für die Wähler eine Unregelmäßigkeit nicht erblickt werden könne. Die für die Wahlen angesetzte Zeit sei nach den in früheren Jahren gemachten Erfahrungen als ausreichend anzusehen und wenn nach Schluß der eigentlichen Wahlzeit die in dem geschlossenen Hofe der Fortbildungsschule noch wartenden Wähler zur Wahl zugelassen worden seien, so sei dies unter der Voraussetzung geschehen, daß nach Lage der Verhältnisse der Hof als zum Wahllokal gehörig angesehen werden mußte. Der Bezirksausschuß erklärte die Wahlen für ungültig, weil in der Zulassung von Wählern nach Schluß der Wahlzeit eine grobe Unregelmäßigkeit zu erblicken sei. Als Wahllokal gelte nur der umbaute Raum, der in der Bekanntmachung als Wahllokal bezeichnet worden sei, Höfe oder Treppen könnten nicht als zum Wahllokal gehörig angesehen werden. Diese spätere Zulassung der Wähler sei in einer so erheblichen Zahl erfolgt, daß dadurch das Ergebnis der Wahl beeinflußt worden sein könnte.

Rheinland-Westfalen.

* Düsseldorf, 11. Sept. In der heutigen Hauptversammlung des Verbandes Düsseldorfer Spezialgeschäfte wurden Klagen über die mangelhafte Ausbildung des Verkaufspersonals vorgebracht. Von den zur Besserung gemachten Vorschlägen seien erwähnt, die Einrichtung von Verkaufskursen in der geschäftsstillen Zeit, und die Untersagung der Ausbildung von Lehrlingen durch die Warenhäuser. Der Verein plant die Gründung einer gemeinsamen Paketbeförderung, um der Konkurrenz der Warenhäuser auch hier begegnen zu können; ferner soll in den Verbandsgeschäften auch die „Besichtigung ohne Kaufzwang" eingeführt werden.

* Bochum, 12. Sept. Die Ehefrau von Dahlen wurde wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte den angetrunkenen Maurer Koslowski, der sie im Hausflur belästigte, die Treppe hinabgeworfen, wobei dieser einen tödlichen Schädelbruch erlitt. Notwehr wurde vom Gericht nicht angenommen.

Vermischtes.

* Graz, 12. Sept. Auf dem Hochtor im Gesäuse ist heute der Wiener Advokaturkandidat Dr. Julius Perles erfroren aufgefunden worden. Die Rettungsexpedition, die auf seine Hilferufe aufgebrochen war, kam zu spät, da inzwischen die Nacht hereingebrochen war.

Eine Schreckensszene.

)(Paris, 13. Sept. Eine furchtbare Schreckensszene spielte sich gestern in dem kleinen Dorfe Rullecourt ab. Der 26jährige Schneider Augustin Meurfier erschoß im Streit einen seiner Bekannten, seine Frau, die sich zwischen die Streitenden mengte, wurde von einer weiteren Kugel ins Auge getroffen und schwer verletzt. Der Schneider floh darauf in sein Haus und verbarrikadierte sich in seiner Wohnung, wo er seinen Angreifern verzweifelten Widerstand leistete, wobei noch zwei Frauen schwer verletzt wurden. Endlich gelang es, ihn zu überwältigen.

Verschwundene Inseln.

* San Francisco, 12. Sept. Der Kapitän des aus Sydney kommenden Dampfers „Senoma" berichtet, daß die zu den Tonga-Inseln im Süden des Großen Ozeans gehörenden Inseln Falkan und Hope verschwunden seien, offenbar infolge vulkanischer Erschütterungen. Mehrere hundert Eingeborene und einige Weiße sind umgekommen.

Das größte Hotel der Welt.

— Auf der Ostseite des Broadway in New York wird zwischen der 44. und 45. Straße ein neues Hotel errichtet werden, das nicht nur das größte in den Vereinigten Staaten, sondern auch in der ganzen Welt werden wird. Das Gebäude wird 1800 Gastzimmer enthalten und über der Erde 24 Stockwerke hoch sein. Dieser Riesenbau soll in weniger als fünfzehn Monaten fertig und auch vollständig möbliert sein und wird für die ersten Gäste am Silvesterabend 1914 geöffnet sein. Das ganze Unternehmen wird 50 Millionen Mark verschlingen, 15 Millionen allein entfallen auf den Ankauf des Grundstücks.

---

* Die Rettung des schiefen Turmes von Pisa. Für den schiefen Turm in Pisa ist Gefahr im Verzuge — das ist das einstimmige Urteil der von der Regierung ernannten Sachverständigenkommission, die zur Prüfung der statischen Verhältnisse jetzt dort zusammentrat. Die Neigung des Baues hat bekanntlich in den letzten Jahren derart zugenommen, daß mit einem baldigen Einsturz gerechnet werden muß. Die Kommission schlägt nun, wie die „Kunstchronik" schreibt, folgende Sicherungsmaßregeln vor: zum Schutz gegen das Wasser Erhöhung des Ausgrabungsbeckens, dann Verstärkung der Fundamente, nötigenfalls Verbindung des Niveaus des Domplatzes mit dem Beckengrund, endlich eventuell die Ausfüllung des inneren Hohlraumes in voller Höhe der Fundamente. Nun stellt hoffentlich die Regierung auch schleunigst Mittel zur Ausführung dieser Pläne zur Verfügung. Das Beispiel des Campanile von S. Marco drängt zu raschem Entschluß.

— Eine Statistik der drahtlosen Telegraphiestationen. Einen interessanten Ueberblick über die Gesamtzahl der gegenwärtig auf der Erde in Betrieb stehenden Stationen für drahtlose Telegraphie veröffentlicht der Temps. Nach dieser Statistik zählt man heute bereits 230 ständige Stationen; bei der Verteilung auf die einzelnen Länder steht Kanade mit 32 Stationen an der Spitze, es folgen England mit 25, Rußland mit 22, Deutschland und Italien mit je 20, Brasilien mit 16, Britisch-Indien mit 11, Spanien mit 9 und Frankreich mit 8 Stationen. Die Zahl der Seeschiffe, die dauernd Einrichtungen für drahtlose Telegraphie an Bord führen, ist auf 1200 angewachsen; hier steht die britische Flotte mit 590 Schiffen an der Spitze, Deutschland folgt mit 553, während die Zahl der mit drahtloser Telegraphie ausgerüsteten französischen Schiffe bisher nur 90 Fahrzeuge beträgt.

Handel und Verkehr.

Entwicklung der privaten deutschen Lebensversicherungen im Jahre 1912.

Von den im Jahre 1912 tätigen 43 privaten deutschen Lebensversicherungsinstituten — 16 Gegenseitigkeitsanstalten und 27 Aktiengesellschaften — wurden in der großen Lebensversicherung 1,3 Milliarden Mark neu abgeschlossen. Der Gesamtbestand an regulären Kapitalversicherungen stieg von 13.1 Milliarden Mark Ende 1911 auf 13.8 Milliarden Mark Ende 1912.

Die Gesamteinnahmen betrugen 761.7 Millionen Mark, davon entfielen auf Prämien 554.8 Mill. Mark, auf Zinsen und sonstige Einnahmen 206.9 Millionen Mark. Unter den Ausgaben stehen die Zahlungen an die Versicherten im Betrage von 317.9 Millionen Mark an erster Stelle. Die gesetzlich vorzunehmende Erhöhung der Prämienreserven erforderte 212.5 Millionen Mark. Die Verwaltungskosten machten im Durchschnitt bei den 16 Gegenseitigkeitsanstalten 7,59 Prozent und bei den 27 Aktiengesellschaften 12,64 Proz. der Jahreseinnahmen aus. Nach Abzug aller Ausgaben verblieb ein Jahresüberschuß von 134.7 Millionen Mark. Davon wurden den Versicherten zur späteren Dividendenverteilung überwiesen 126.4 Mill. Mark — bei den 16 Gegenseitigkeitsanstalten 63.5 Millionen, bei den 27 Aktiengesellschaften 62.9 Millionen. Die Aktionärdividenden beanspruchten 9.3 Millionen Mark — 20,5 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals. Das Gesamtvermögen der 43 Privatinstitute belief sich Ende 1912 auf 5.7 Milliarden Mark. Unter den Verpflichtungen bilden die Prämienreserven im Betrage von 4.6 Milliarden Mark den Hauptposten. An Extra- und Dividendenreserven waren 863.5 Millionen Mark vorhanden. In der folgenden Tabelle sind für die 4 größten Gegenseitigkeitsanstalten und 4 größten Aktiengesellschaften die wichtigsten Geschäftsergebnisse in 1912 enthalten. Die letzte Spalte — Ueberschußüberweisung in Prozent der dividendenberechtigten Prämieneinnahme — gilt allgemein als der sicherste Maßstab für die Beurteilung der dauernden Billigkeit einer Lebensversicherungsanstalt.

Name der Gesellschaft (A = Aktien-, G = Gegenseitigkeits-Gesellschaft)		In d. Todesfallversicherung: In Millionen Mark								Ueberschußüberweisung an die Todesfallversicherten einschl. vorweg überwiesener Zinsen in % der gewinnberechtigt. Prämien (Durchschnitt der Jahre 1907—1912	
		1	2	3	4	5	6	7			
			In erlebensfälle Anträge	Sterbefälliger Abgang in % der im Stande des Jahres verfügbaren Summe	Bestandsumme	Gesamter Kapital-Berichtigungsbetrag	Extra- und Dividenden-Reserven [1])				
Victoria-Berlin	A	2	89.8	3.3	131.6	1.448.4	78.2[2])	29.0[3])			
Gothaer	G	G	115.7	1.0	36.4	1.132.0	58.6	30.4			
Alte Stuttgarter	G	G	80.3	0.8	60.1	1.077.8	73.5	33.3			
Alte Leipziger	G	G	91.2	1.1	39.9	1.026.5	69.5	31.1			
Germania-Stettin	A	G	67.5	1.2	34.7	925.1	41.1	28.5			
Karlsruher	A	A	71.7	1.1	33.9	784.4	46.4	30.3			
Nordstern-Berlin	A	A		2.8	28.5	606.0	19.7	19.4[4])			
Friedrich Wilhelm-Berlin	A	A	114.2	4.8	56.9	424.9	40.0		Wien A 28.7[5]) B 31.0[5])		

[1]) Bei den Aktiengesellschaften einschl. des eingezahlten Aktienkapitals. [2]) In der regulären Kapitalversicherung hierunter M. 7,200,000.— (Aktienkapital, Reservefonds und Gewinnreserven), die zugleich für das hohe Risiko der Volks-, Renten-, Unfall-, Haftpflicht- und Transport-Versicherung haften. [3]) Für das Jahr 1912 ist dabei die gewinnberechtigte Prämie geschätzt. [4]) Für Versicherungen ohne Vorbehalt.

Handel und Verkehr.

Schiffs-Nachrichten.

Hafenverkehr im Rhein-Erft-Hafen zu Neuß.

Angekommen am 12. Sept.: Schiff „Adriana Petronella", Schiffer Stontjesdyk, mit Kuchen von Rotterdam. Schiff „Duisburg", Schiffer Bender, mit Stückgut von Rotterdam. Schiff „Hardi", Schiffer Jersel, mit Rapssaat von Rotterdam. Schiff „Ave Maria", Schiffer Joosten, mit Holz von Rotterdam.

Abgegangen am 12. Sept.: Schiff „Johanna", Schiffer Jetz, mit Kohlen nach Mannheim.

Der Kinder bester Schutz gegen Krankheit ist außer Sauberkeit und Abhärtung eine einfache, regelmäßige Ernährung. Zu letzterer wählt eine kluge Mutter das Nestle'sche Kindermehl, eine naturgemäße, leicht verdauliche und gern genommene Nahrung, welche die Kleinen vor Magen- und Darmkatarrhen schützt und das Entwöhnen der Säuglinge bedeutend erleichtert. Probedose gratis durch Nestle-Gesellschaft, Berlin W. 57.

„Kornfranck"
das neuzeitliche Kaffeegetränk (kein Bohnenkaffee)
einheimisches Gewächs, einheimisches Fabrikat.
9E

Bekanntmachung.

In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 1. September dieses Jahres wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die **Wahl der Vertreter im Ausschuß der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Neuß** wie folgt stattfindet:

Für die Versicherten am Dienstag, den 14. Oktober d. Js. von 5—8 Uhr nachmittags in den nachstehend unter III. angegebenen Wahlbezirken und Wahllokalen;

Für die Arbeitgeber am Mittwoch den 15. Oktober d. Js. von 3—5 Uhr nachmittags in Neuß im Kreishause Königstraße 48.

I.
Wahlberechtigung und Wählbarkeit im allgemeinen.

Wahlberechtigt und wählbar sind:

1. Die Arbeitgeber und die Personen, die zur Zeit der Wahl bei den am 1. Januar 1914 zu schließenden gemeinsamen Ortskrankenkassen in Büttgen, Norf, Dormagen und Rommerskirchen beteiligt bezw. versichert sind.
2. Die Arbeitgeber folgender Personen, für die am 1. Januar 1914 die Krankenversicherung neu in Kraft tritt, und diese Personen selbst:

a. Die in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Wandergewerbe als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge Beschäftigten.

Als in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigter gilt auch, wer

I. in land- oder forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben (§§ 918 bis 921 der Reichsversicherungsordnung) beschäftigt wird,

II. in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt wird, die Nebenbetriebe eines gewerblichen Betriebes sind und nicht nach § 140 der Reichsversicherungsordnung durch die Satzung einer gewerblichen Berufsgenossenschaft bei dieser versichert sind.

b. Dienstboten.

c. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte, in ähnlich gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Schiffer der Binnenschiffahrts- und Baggereibetriebe, soweit ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2500 Mark nicht übersteigt.

d. Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken.

e. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen, Lehrer und Erzieher, soweit ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2500 Mark nicht übersteigt.

f. Hausgewerbetreibende, soweit sie nicht schon unter Nr. 1 fallen.

g. Die Arbeitgeber von solchen krankenversicherungspflichtigen Mitgliedern eingeschriebener Hilfskassen, die am 1. Januar 1914 Mitglieder der neuen allgemeinen Ortskrankenkasse werden und diese Personen selbst.

Lehrlinge aller Art sind auch dann wahlberechtigt, wenn sie ohne Entgelt beschäftigt werden, vorausgesetzt, daß sie das 21. Lebensjahr vollendet haben. Hausgewerbetreibende sind auch dann wahlberechtigt, wenn sie mehr als 2500 Mk. Jahresarbeitsverdienst haben.

Die Zugehörigkeit der vorbezeichneten Personenkreise zu der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Neuß ist gegeben:

a. bei den im Wandergewerbe Beschäftigten, sofern eine Polizeibehörde des Kassenbezirks für die Beantragung des Wandergewerbescheines zuständig ist,

b. bei den Hausgewerbetreibenden, sowie ihren hausgewerblich Beschäftigten, wenn sie im Kassenbezirk ihre eigene Betriebsstätte haben,

c. bei allen übrigen Versicherungspflichtigen, sofern ihr Beschäftigungsort sich im Kassenbezirk (Landkreis Neuß) befindet.

II.
Wahlberechtigung und Wählbarkeit im besonderen.

Von den unter I. angeführten Personenklassen sind wählbar und wahlberechtigt **nur die volljährigen Arbeitgeber**, die bei der Kasse beteiligt, und die **volljährigen Personen**, die bei der Kasse versichert sein werden. Beteiligt sind solche Arbeitgeber, die für die versicherungspflichtigen Beschäftigten Beiträge an die Kasse zahlen.

Arbeitgeber, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherte beschäftigen. Für die Wählbarkeit stehen dem Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich.

Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versicherungspflichtig ist.

Wählbar und wahlberechtigt sind auch diejenigen Personen, welche die Mitgliedschaft bei der Kasse freiwillig fortsetzen.

Weder wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstande sind, ferner unständig Beschäftigte, die keine Beiträge zahlen, und Versicherungspflichtige die Mitglieder einer Ersatzkasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche. Nicht wählbar ist,

1. Wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn ein Hauptverfahren eröffnet ist.
2. Wer infolge gerichtlichen Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er:

1. Das 60. Lebensjahr vollendet hat.
2. Mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet.
3. Durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig zu führen.
4. Mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsversicherung einer Gegenvormundschaft gleich.
5. Während der unmittelbar vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens 2 Jahre geführt hat.
6. Nur Dienstboten beschäftigt.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes mit Geldstrafen bis zu 500 Mark bestraft werden.

III.
Zahl der zu wählenden Vertreter, Wahlbezirke und Wahllokale.

Die Arbeitgeber wählen 20 Vertreter und 40 Ersatzmänner und zwar für den ganzen Kassenbezirk in dem oben angegebenen Wahllokale (Kreishaus). Von den Versicherten sind 40 Vertreter und 80 Ersatzmänner zu wählen, welche auf die einzelnen Wahlbezirke gemäß Satzung wie folgt verteilt sind:

Lfd. No.	Wahlbezirk (Bürgermeisterei)	Wahlort	Wahllokal	Zahl der zu wählenden Vertreter	Zahl der zu wählenden Ersatzmänner
1	2	3	4	5	6
1	Büderich	Büderich	Schulsaal (Schule neben dem Rathaus)	4	8
2	Kaarst	Kaarst	Wirtschaft der Witwe Helwig Michels	4	8
3	Büttgen	Büttgen	Wirtschaft des Hermann Trippel	4	8
4	Glehn	Glehn	Früheres Bürgermeisteramt Kirchstraße	3	6
5	Grefrath-Holzheim	Grefrath (für d. Bürgermeisterei Grefrath)	Wirtschaft Düren	5	10
		Holzheim (für d. Bürgermeisterei Holzheim)	Wirtschaft des Heinrich Brücken		
6	Norf	Norf	Schulsaal	3	6
7	Grimlinghausen	Grimlinghausen	Wirtschaft Frings	3	6
8	Nievenheim-Zons	Nievenheim (für d. Bürgermeisterei Nievenheim)	Wirtschaft Kemper	5	10
9		Zons (für d. Bürgermeisterei Zons)	Wirtschaft Mones		
10	Dormagen Rommerskirchen-Nettesheim	Dormagen	Früherer Schulsaal, Haus Nr. 51	4	8
		Rommerskirchen (für d. Bürgermeisterei Rommerskirchen)	Wirtschaft Schiffer	5	10
		Butzheim (für d. Bürgermeisterei Nettesheim)	Wirtschaft Meerkamp		

IV.
Wahlverfahren.

Die Wahl ist geheim. Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Arbeitgeber, die mehrere Versicherungspflichtige beschäftigen, führen bis zu 100 versicherungspflichtiger Beschäftigter für je angefangene 10 und bezüglich der über 100 hinausgehenden Zahl für je angefangene 20 Beschäftigte eine Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen.

Von den Bürgermeisterämtern werden Wählerlisten aufgestellt, getrennt für die Arbeitgeber und Versicherten. In der Wählerliste für die Arbeitgeber ist auch die Zahl der den einzelnen Wahlberechtigten nach der Satzung zukommenden Stimmen zu vermerken.

Diejenigen Personen, welche bereits jetzt zufolge gesetzlicher oder statutarischen Versicherungspflicht bei den Ortskrankenkassen in Büttgen, Norf, Dormagen und Rommerskirchen versichert sind, sowie deren Arbeitgeber, sind von Amtswegen in die Wählerlisten eingetragen worden.

Die übrigen Wahlberechtigten werden hiermit wiederholt aufgefordert, sich bei den Bürgermeisterämtern zur Eintragung in die Wählerlisten zu melden. Die Anmeldung muß persönlich erfolgen. Arbeitgeber können sie durch bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte bewirken lassen. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt. Die Wählerlisten werden eine Woche vor dem Wahltag geschlossen. Soweit sich Wahlberechtigte nicht rechtzeitig gemeldet haben, kann die Wahl nicht aus dem Grunde angefochten werden, daß diese Personen nicht in die Wählerlisten aufgenommen sind. Für die Eintragung in die Wählerlisten und Ausübung des Wahlrechts ist der Beschäftigungsort (Sitz des Betriebes) maßgebend.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung durch eine Bescheinigung auszuweisen, welche ihnen bei der Eintragung in die Wählerliste ausgehändigt wird und zur Wahl mitzubringen ist. Wahlberechtigte, die bis zum Schlußtage nicht in die Wählerliste eingetragen sind, können bei gehöriger Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahlausübung zugelassen werden, wenn sie in einer sämtliche Mitglieder des Wahlausschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen. Dasselbe gilt, wenn Wahlberechtigte, die in die Wählerliste eingetragen sind, bei der Wahlhandlung nicht im Besitz der Bescheinigung sind.

Als gehöriger Ausweis sind vom Wahlausschuß für die Arbeitgeber die Quittung über die zuletzt gezahlten Kassenbeiträge, für die Versicherten das Quittungsbuch anzuerkennen.

Zum Nachweise der Wahlberechtigung von Personen, die nicht in die Wählerlisten aufgenommen sind, werden insbesondere eine Bestätigung der Gemeinde- oder Ortspolizeibehörde oder einer Krankenkasse, sowie eine mit dem Firmenstempel versehene oder behördlich beglaubigte Bescheinigung des Arbeitgebers, bei Dienstboten auch das Dienstbuch gelten können. Der Nachweis ist jedoch nicht auf diese Beweismittel beschränkt, sondern dem freien Ermessen des Wahlvorstandes überlassen.

Die Wählerlisten liegen auf den Bürgermeisterämtern bis zum 4. Oktober ds. Js. zur Einsichtnahme aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens eine Woche vor dem Wahltage unter Beifügung von Beweismitteln bei den Bürgermeisterämtern einzulegen.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, **Wahlvorschlagslisten spätestens bis Dienstag, den 30. September ds. Js. bei dem unterzeichneten Versicherungsamt** einzureichen. Später eingehende Wahlvorschläge werden nicht berücksichtigt. Die Wahlvorschläge bilden die Grundlage der am 14. bezw. 15. Oktober ds. Js. stattfindenden Wahl. Bei dieser sind die **Wähler an den Inhalt eines der Wahlvorschläge gebunden.**

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlage gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen.

Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterschrift auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlage, welchen der Unterzeichnete binnen einer ihm gesetzten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt; unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal so viel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind (vergl. Spalte 5 der vorstehend unter III. abgedruckten Tabelle). Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten brauchen sich nicht auf die volle Zahl der Vertreter und Ersatzmänner zu erstrecken, sondern können sich auf diejenige Zahl beschränken, welche eine Parteigruppe durchbringen will. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufenden Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor- (Ruf-) Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. **Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem** sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber aus den vorstehend unter 1—6 genannten Gründen zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlages und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Vorschlagslisten sind unglütig, wenn sie verspätet eingereicht werden, oder wenn sie nicht vorschriftsmäßig unterschrieben sind, oder wenn die Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, es sei dann, daß die Mängel rechtzeitig beseitigt werden.

Das Versicherungsamt versieht die eingereichten Wahlvorschläge nach der Reihenfolge ihres Einganges mit Ordnungsnummern, prüft sie und teilt etwaige Anstände umgehend dem Wahlvorschlagsvertreter mit. Die Anstände müssen spätestens eine Woche vor dem Wahltag beseitigt sein. Bis zu diesem Zeitpunkte können Wahlvorschläge auch zurückgenommen werden.

Die zugelassenen Wahlvorschläge der Arbeitgeber können in Neuß im Kreishause, diejenigen der Versicherten in den betreffenden Bürgermeisterämtern vom 7. Oktober d. J. ab eingesehen werden.

Sind auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur so viele wählbare Bewerber benannt, wie Vertreter zu wählen sind, so gelten sie als gewählt. Sind weniger Bewerber vorgeschlagen, so gelten diese ebenfalls als gewählt; wegen den noch fehlenden Vertreter sowie wegen der erforderlichen Ersatzmänner ist jedoch alsbald eine neue Wahl vorzunehmen. Hierbei vermindert sich die zulässige Höchstzahl der zu benennenden Bewerber um die Zahl der bereits gewählten Vertreter.

Das Stimmrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Der Wahlausschuß ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung eines jeden Wählers, bei der Wahlhandlung zu prüfen.

Zum Wahlraum haben nur die wahlberechtigten Arbeitgeber und Kassenmitglieder Zutritt.

Es kann nur für unveränderte Wahlvorschläge gestimmt werden.

Der Stimmzettel muß an einem abgesonderten Tisch im Wahlraum unbeobachtet in einen mit dem Siegel des Versicherungsamtes versehenen Umschlag gelegt werden, der im Wahlraum verabfolgt wird. Hierauf übergibt der Wähler den Umschlag unverschlossen unter Nennung seines Namens dem Vorsitzenden oder dem von ihm bezeichneten Mitgliede des Wahlausschusses.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen gehindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und dem Vorsitzenden des Wahlausschusses oder dem von ihm bezeichneten Mitglied zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Die Wahl wird zur festgesetzten Stunde geschlossen. Nur die am Schluß der Wahlhandlung anwesenden Wähler dürfen dann noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Das Ergebnis der Wahl wird spätestens bis zum Ablauf einer Woche nach dem Wahltag ermittelt und durch Aushang im Kreishause und auf den Bürgermeisterämtern bekannt gemacht.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb einer Woche nach dieser Bekanntmachung angefochten werden. Anfechtungen sind bei dem Versicherungsamt anzubringen.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß vorsätzliche Wahlfälschungen strafbar sind.

Neuß, den 13. September 1913.

Königliches Versicherungsamt des Landkreises Neuß:

Dr. von Brandt,
Königlicher Landrat.

In der Kapelle zu Selikum!

Dienstag, den 16. September:

Fest des hl. Kornelius.

Morgens 7 Uhr: **Hl. Messe** von ½7 Uhr an **Beichtgelegenheit.)**
9 Uhr: **Hochamt** mit **Festpredigt** und **Segen.**
Nachmittags 3 Uhr: **Andacht.**

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute unter Nr. 127 bei der Firma **„Rheinische Baumwollbleicherei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Neuß,** folgendes eingetragen worden:

An Stelle des Kaufmannes **Otto Weil** in **Charlottenburg** ist der Ingenieur **Hermann Riemeyer** aus **Neuß** zum alleinigen Geschäftsführer bestellt.

Neuß, den 10. Sept. 1913.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welchen die Abgabe einer Steuererklärung **nicht** obliegt, werden hierdurch aufgefordert, etwa zu zahlende Hypothekenzinsen, Kassen-Beiträge, Lebensversicherungsprämien 2c. bis zum 1. Oktober d. Js. auf dem städt. Steuerbureau (Rathaus, Zimmer 17) anzugeben und nachzuweisen.

Neuß, den 12. Sept. 1913.

Der Bürgermeister.
In Vertretung:
Klein.

Fräulein sucht **möbl. Zimmer** mit voll. Pens. Off. unt. **D 721** a. d. E.

---

2 möbl. Zimmer, Herrn. Schlafzimmer, mit od. ohne Frühstück zu verm. Wo, sagt die **Exped.**

Wirtschaft
in Dorf des Aachener Industriebezirks, worin Schmiede betrieb. wurde, auch für jedes andere Nebengeschäft wie Metzgerei u. Colonialwaren geeignet, zu Mk. 16000.— bei Mk. 5—6000.— Anzahlung **zu verkaufen,** auch wird gute Hypothek in Zahlung genommen. Reflektanten wollen Anfragen u. **K N 9742 an Rudolf Mosse, Köln** richten.

Gelegenheitskauf!
Neues Haus, mit 3 abgeschlossen. 3 Zimmeretagen, praktisch gebaut, für 12000 M. mit 500 M. Anzahlung sofort zu verk.
Zu erfr. in der Exped.

---

1. Etage

3 Zimmer und Mansarde, **zu vermieten.**
Jülicherstr. 41.

---

2. Etage

4 Räume, Mansarde 2c., in feinem Hause an ruh. bessere Familie zu vermieten. Jülicherstr. 64/66.

---

4 kl. **Zimmer-Wohn.** Brandgasse 2 zu verm. Näh. Niederstr. 81.

Junger Beamter, ohne Kinder, sucht abgeschloss. **2 Zimmerwohnung** per 1. oder 15. Okt. zu mieten. Off. unter **C 214** a. d. E.

Wohn.- u. Schlafz. m. voller Pension an zwei Herren o. Damen sof. zu verm. Klavier frei zur Verfüg. Dreikönigenstr. 8.

Ein **Schüler** höherer Lehranstalt findet

Pension

in besserem Hause.
Wo, sagt die Exped.

Tüchtiger

Klempnergehülfe

sofort gesucht.
Capitelstraße 46.

Ein zuverlässiger

Knecht

sofort gesucht.
Heinrich Leyven, Kapellen.

Bäckergehülfe

gesucht.
W. Onstein, Marienstraße 38.

Junger

Bäckergehülfe

findet angen. Stellung.
Neumarkt 43.

Wegen Heirat des jetzigen suche ich zu Anfang Okt. einen zuverlässigen

Ackerknecht.

Stephan Dörpes, Roitdausen bei Grevenbroich.

Lehrling

für Grob- u. Feinbäckerei gesucht.
W. Robertz, Weveligboven.

Jungen

von 14—16 Jahre für leichte Beschäftigung sofort gesucht.
Wo sagt die Exped.

Fräul. wünscht **Stelle** in Kolonialwaren-Geschäft oder in Filiale. Näheres in der Expedition.

Küchenmädchen,

in der täglichen u. feinen Küche durchaus bewandert, für kinderl. Haush. zum 1. oder 15. Okt. ges.
Off. m. Zeugnisabschr., näh. Ang. u. Lohnanspr. an **Frau Beigeordneter Klein, Neuß,** Kaiser Friedrichstr. 108.

Jüngere

Nähmädchen

gesucht u. **Nähmaschine** zu verkaufen.
Frankenstr. 36.

Ges. ein jung. Mädch. a. **Stütze** f. alle Hausarbeit Kapitelstr. 78, parterre.

Einige propere

Mädchen

gesucht.
Erste Neußer Dampf-Wasch- und Plätt-Anstalt.

Bekannte renommierte

Margarinefabrik

sucht zum Besuch der Kolonialwarenhändler und Bäckerkundschaft in Neuß tüchtigen

Vertreter.

Offerten erbeten unter E. 722 an die Exped. dsr. Ztg.